

APA291 5 II 0318

26.Aug 04

VERFASSUNG VERWALTUNG REFORM KONVENT GRÜNE

**Ö-Konvent: Grüne kritisieren Länder-Tendenzen zu Reföderalisierung
Utl.: Glawischnig: 3,5 Mrd. Einsparungen "völlig illusorisch" =**

Wien (APA) - "Schwer" wird es sich nach Ansicht der stellvertretenden Grünen-Chefin Eva Glawischnig ausgehen, dass der Österreich-Konvent seine Arbeit bis Jahresende erfolgreich abgeschlossen hat. Das sagte Glawischnig am Donnerstag in einer Pressekonferenz. Sie sieht vor allem zwei "Knoten": es spieße sich einerseits beim Thema Föderalismus, andererseits sei das Ansinnen, mit einem "schlanken Staat" 3,5 Mrd. Euro einsparen zu wollen, "völlig illusorisch".

Beim Thema Föderalismus nimmt Glawischnig vor allem die Volkspartei in die Pflicht - diese habe ihre Hausaufgaben hier noch nicht gemacht. Während die Bundespartei ebenfalls für ein Anpassen der föderalen Strukturen an die neue Situation nach Österreichs Beitritt zur Europäischen Union eintrete, kämpften die Länder im Ausschuss V des Konvents für eine massive Reföderalisierung. Mittlerweile sei das Erarbeitete in diesem Bereich rückschrittlicher als die Ausgangslage vor Beginn des Konvents, bedauerte die Grün-Mandatarin. Hier tanze der Konvent derzeit "am Abgrund".

Die Grünen würden im Bereich Föderalismus für zwei Säulen eintreten: Bundeskompetenzen und Länderkompetenzen. Um die derzeitige Zersplitterung von Kompetenzen zusammenzuführen müssten zudem Bereiche wie Umweltschutz oder Lärmschutz definiert werden. Aus Sicht der Grünen könnten zudem Naturschutz- oder Raumordnungskompetenzen durchaus alleine den Ländern übertragen werden.

Die Länder treten dagegen für drei Säulen ein: zu klaren Bund- bzw. Länderkompetenzen kämen noch Fragen hinzu, in denen von Bund und Ländern gemeinsam entschieden werden müsste, so Glawischnig. Das sei eine "Reföderalisierung" und abzulehnen. Komme man hier zu keinem Ergebnis, wäre der Konvent als gescheitert zu betrachten - wie auch der letzte Versuch an einer Verfassungsreform, die Arbeit an der so genannten Bundesstaatsreform. Kritik übte Glawischnig auch daran, dass die Länder gar keine Steuerhoheit zugesprochen haben wollten - das wäre nämlich "unangenehm". Es sei ja viel angenehmer, einfach nur vom Bund Geld zu bekommen.

Als problematisch stuft Glawischnig aber auch den Wunsch ein, dass der "schlankere Staat", der im Ö-Konvent entworfen werde, Einsparungen von 3,5 Mrd. Euro ermöglicht. Das sei blanker, nackter Unsinn. Eine schlankere Verwaltung sei nicht automatisch billiger.
(Schluss) wea/jep

APA291 2004-08-26/11:52

261152 Aug 04